

7

Magistratsdirektion der Stadt Wien

Eing. 22. SEP. 2022

RL-1445561-2022-LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Verschlossen
- FPO

6
AN
M

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Kurt Stürzenbecher, Barbara Novak, BA, Mag. Thomas Reindl, Katharina Weninger, BA (SPÖ), Mag.a Angelika Pipal-Leixner, MBA und Markus Ornig, MBA (NEOS)

eingebraucht zu **Post Nr. 7** der Tagesordnung in der Sitzung des Wiener Landtages am 22. September 2022

betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gebrauchsabgabengesetz 1966, das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe, das Hundeabgabengesetz, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Gesetz über die Organisation der Abgabenverwaltung und besondere abgabenrechtliche Bestimmungen in Wien, das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz und das Parkomtergesetz 2006 geändert werden (Wiener Abgabenrechtsänderungsgesetz 2022)

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht drei Gesetzesbestimmungen über eine formlose Zahlungsaufforderung vor. Das Bundesministerium für Finanzen hat mit Schreiben vom 20. September 2022, GZ: 2022-0.660.217, gegen diese Bestimmungen kompetenzrechtliche Bedenken vorgebracht und regte daher an, folgende Bestimmungen zu streichen:

- Artikel I Novellierungsanordnung 13 lit. b (die letzten vier Sätze des § 18 Abs. 16 Z 5 Gebrauchsabgabengesetz);
- Artikel III Novellierungsanordnung 2 (die letzten fünf Sätze des § 3 Hundeabgabengesetz);
- Artikel VII (§ 1 Abs. 3 Parkomtergesetz 2006).

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 30d Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Abänderungsantrag

Der Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gebrauchsabgabengesetz 1966, das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe, das Hundeabgabengesetz, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Gesetz über die Organisation der Abgabenverwaltung und besondere abgabenrechtliche Bestimmungen in Wien, das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz und das Parkomtergesetz 2006 geändert werden (Wiener Abgabenrechtsänderungsgesetz 2022) wird wie folgt geändert:

1. Der Gesetzestitel der Novelle lautet:

„Gesetz, mit dem das Gebrauchsabgabengesetz 1966, das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe, das Hundeabgabengesetz, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Gesetz über die Organisation der Abgabenverwaltung und besondere abgabenrechtliche Bestimmungen in Wien und das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz geändert werden (Wiener Abgabenrechtsänderungsgesetz 2022)“

2. Das Inhaltsverzeichnis lautet:

„Inhaltsverzeichnis

Artikel	Gegenstand
I	Änderung des Gebrauchsabgabengesetzes 1966
II	Änderung des Gesetzes über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe
III	Änderung des Hundeabgabengesetzes
IV	Änderung des Wiener Verwaltungsabgabengesetzes 1985
V	Änderung des Gesetzes über die Organisation der Abgabenverwaltung und besondere abgabenrechtliche Bestimmungen in Wien
VI	Änderung des Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes
VII	Inkrafttreten“

3. In Artikel I Z 10 wird in § 9 Abs. 4b die Wortfolge „und Zahlungsaufforderungen“ gestrichen.

4. In Artikel I Z 13 lit. b wird § 18 Abs. 16 Z 5 gestrichen.

5. Artikel III Z 2 wird gestrichen und erhält die Ziffer 3 des Artikel III die Ziffernbezeichnung „2.“ sowie die Ziffer 4 des Artikel III die Ziffernbezeichnung „3.“.

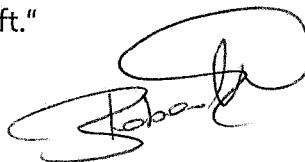
6. Artikel VII wird gestrichen.

7. Artikel VIII erhält die Bezeichnung „Artikel VII“ und lautet:

**„Artikel VII
Inkrafttreten**

1. Artikel II und Artikel III Z 2 treten mit 1. Jänner 2023 in Kraft.
2. Artikel III Z 1 tritt mit 1. Jänner 2024 in Kraft.
3. Artikel III Z 3 und Artikel V treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.
4. Artikel IV tritt mit 1. Mai 2022 in Kraft.
5. Verordnungen aufgrund des Hundeabgabengesetzes in der Fassung LGBl. für Wien Nr. XX/2022 können bereits nach der Kundmachung dieses Gesetzes erlassen werden, wobei die Verordnungen frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft gesetzt werden dürfen. Werden derartige Verordnungen erst nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen, können diese rückwirkend bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft gesetzt werden. Die Dauer der Rückwirkung darf den Zeitraum von vier Monaten nicht überschreiten.
6. Artikel VI tritt mit 31. Dezember 2020 in Kraft.“

Wien, am 22. September 2022



Pipal - L Kurt Brunnhuber

Attorney MU

